

Der Elbe-Donau-Oder-Kanal.

Prag, 28. April. (Privattelegramm.) Am 27. d. fand in Aussig die vierzigste ordentliche Hauptversammlung des Elbvereines statt. In dieser wurde folgende Entscheidung betreffend den Elbe-Donau-Kanal angenommen:

„Die Erfahrung des jetzigen Weltkrieges zwingt aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen zur Herstellung einer schiffbaren Verbindung zwischen der Donau und dem Stromgebiet der Nord- und Ostsee. Als kürzeste, billigste, für die Schifffahrt zweckmäßigste und im Hinblick auf die im Bau begriffene Kanalisierung der österreichischen Mittel-Elbe am raschesten herzustellende Verbindung erscheint der Elbe-Oder-Donau-Kanal, welcher um so mehr vom österreichischen Standpunkt aus zu wählen ist, als sonst der Kanal Melnik-Bardubitz-Jaromer ein Kumpf wäre, und als ferner diese Wasserstraße durch das österreichische Wasserstraßengesetz vom Jahre 1901 beschlossen wurde. Ohne den Bestrebungen nach einer Verbindung Rhein-Donau entgegenzutreten und zu bestreiten, daß diese der Volkswirtschaft Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches Vorteil bringen kann, und ohne auf die Ausführung des Elbe-Moldau-Donau-Kanals zu verzichten, müssen wir darauf hinweisen, daß ohne gleichzeitige Herstellung des Elbe-Oder-Donau-Kanals die Elbeorte Oesterreichs und des Deutschen Reiches aus dem zwischenstaatlichen Flußverkehr dieser Staaten mit Ungarn und den Balkanländern ausgeschaltet würden, während letztere Verbindung auch der Volkswirtschaft beider Reiche, insbesondere der Hauptstadt Wien, bedeutende Vorteile bringen und hiedurch die Stromgebiete der Elbe, Oder und Weichsel in den zwischenstaatlichen Flußverkehr einbezogen würden. Die Hauptversammlung fordert daher die Durchführung des Wasserstraßengesetzes vom Jahre 1901 hinsichtlich des Elbe-Oder-Donau-Kanals, die sofortige Bereitstellung der Mittel hierzu und die Inangriffnahme der bezüglichen Arbeiten.“

Dr. B. Ruß hatte angeführt, daß wegen der Kanalverbindung vom Wiener Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Versammlung der Vertreter der Donaustädte Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches in Aussicht genommen sei, weshalb der Vorsitzende auch eine solche Versammlung der Elbestädte anregte.

Die Agenden der Binnenschifffahrt unterstehen derzeit verschiedenen Ministerien. Die Versammlung beschloß, wegen Vereinheitlichung dieser Agenden in einem Ministerium Herrn Doktor Ruß zu ersuchen, mit den maßgebenden Stellen nach dem Kriege Rücksprache zu pflegen.